

Grüne Jugend kämpft gegen Radikalisierung: Neuer Zehn-Punkte-Plan vorgestellt!

Die Grüne Jugend präsentiert am 5. Februar 2025 einen Zehn-Punkte-Plan zur Stärkung des Sozialstaats und Bekämpfung von Radikalisierung.

Deutschland - Die Grüne Jugend hat kürzlich einen Zehn-Punkte-Plan mit dem Titel „Humanität durch Sozialstaat“ veröffentlicht, der der **Süddeutschen Zeitung** vorliegt. Dieser Plan befasst sich mit der dringend benötigten Stärkung des Sozialstaats und der Verteidigung des Grundrechts auf Asyl. Sprecherin Jette Nietzard kritisiert vor allem die rassistischen Anträge im Bundestag, die insbesondere von Friedrich Merz und der AfD vorgelegt wurden. Merz fordert mit einem Unionsantrag zur Migrationspolitik dauerhafte Grenzkontrollen und ein faktisches Einreiseverbot für Menschen ohne gültige Dokumente.

Nietzard betont, dass diese Maßnahmen zu einer allgemeinen Verdächtigung von Teilen der Bevölkerung führen. Anstatt Menschen gegeneinander auszuspielen, bietet der neue Plan alternative Lösungen. Ziel ist es, die Radikalisierung junger Männer durch präventive Maßnahmen zu bekämpfen. Dazu gehört auch eine massive Stärkung des Sozialstaats, bessere Unterstützung für Kommunen, sowie eine Erhöhung der Kita-Plätze und des Budgets für Schulen, um angemessenen und bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen.

Fokus auf Radikalisierung und Prävention

Der Plan der Grünen Jugend sieht außerdem vor, die Sicherheitsbehörden personell zu stärken und mehr Präventionsmaßnahmen zur Eindämmung von Gewalt zu implementieren. Ein wesentliches Anliegen ist die gesellschaftliche Bekämpfung der Radikalisierung, unabhängig von der Staatsbürgerschaft der betroffenen Personen. Zudem lehnt die Grüne Jugend die Abschiebung von Straftätern ab, da diese ihre Strafe in Deutschland verbüßen sollten. Abschiebungen dürften nicht als Bestrafung eingesetzt werden, insbesondere nicht in Hinblick auf die Gefahren, die in Kriegs- und Krisengebieten drohen.

In der aktuellen gesellschaftlichen Diskussion ist das Thema Rassismus und Diskriminierung von großer Bedeutung. Die deutsche Gesellschaft sieht sich gegenwärtig nicht nur mit Krisen in der Migrationspolitik, sondern auch mit der wachsenden Polarisierung durch soziale Medien konfrontiert. Laut einer Analyse zur **Bekämpfung extremistischer Einstellungen** sind rassistische Überzeugungen in Teilen der Gesellschaft verhaftet und gehen oft mit Gewaltbereitschaft einher. Die Studie zeigt, dass insbesondere soziale Medien eine zentrale Rolle bei der Verbreitung extremistischer Ideologien spielen.

Rolle der sozialen Medien

Die Gesellschaft wird durch ein Klima der Angst und Misstrauen geprägt, insbesondere in Bezug auf rechtspopulistische Parteien, die häufig alternative Medien nutzen. Die **Bundeszentrale für politische Bildung** hebt hervor, dass rechtsextreme Gruppen soziale Medien zur Radikalisierung nutzen und einseitige, politisch gefärbte Nachrichten verbreiten. Die Negativeffekte der Digitalisierung, wie gesellschaftliche Polarisierung und Radikalisierung, wird immer deutlicher. Dies betrifft insbesondere Jugendliche, die häufig extremistische Inhalte konsumieren.

Die Grüne Jugend einigt sich im Rahmen ihres Zehn-Punkte-

Plans darauf, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und die bekannten Probleme von Rassismus und Diskriminierung direkt anzugehen. Essentiell ist eine umfassende Präventionsarbeit, die die Vermittlung demokratischer Werte und einen offenen Dialog in den Mittelpunkt stellt. Nur so kann der aktuellen Polarisierung entgegengesteuert werden, um eine integrative und respektvolle Gesellschaft zu schaffen.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.focus.de• zepra-journal.de• www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de